Verkehrs-Club Liechtenstein

Sehr geehrte Frauen und Herren Abgeordnete
Sehr geehrte Frau Regierungsrätin

BuA 97/2013 Grenzüberschreitende Verkehrsprobleme gemeinsam lösen
Hinweise/Kommentare für die Beratung im Dezember-Landtag

Der VCL-Vorstand bedankt sich bei der Regierung für die kompetente Beantwortung des Postulats und erlaubt sich die unten folgenden Hinweise/Kommentare.

Speziell dankt der VCL der Regierung für die Bestätigung des Positionspapiers vom 9.11.2009 betreffend der Ablehnung des Tisner-Asts des Stadttunnels Feldkirch. (S25: 4.1.1)

Die gemeinsam zu lösenden grenzüberschreitenden Verkehrsprobleme (Feldkirch Süd sowie Rheinübergänge Vaduz und Bendern) werden durch Kapazitätsengpässe für den Strassenverkehr ausgelöst.
Seit der ETH-Dissertation 1989 von Eugen Meier ist wissenschaftlich erwiesen: Jede Investition in Strasseninfrastruktur bewirkt Strassen-Mehrverkehr von bis zu 30%. So wird mit dem Stadttunnel zwar die Bärenkreuzung entlastet, dafür die ganze Region mehr belastet; und speziell Liechtenstein.
Eine enkeltaugliche gemeinsame Lösung der grenzüberschreitenden Verkehrsprobleme kann deshalb nur bestehen in der Attraktivitätssteigerung für
– den öffentlichen Verkehr: Busbevorzugung bei den Rheinübergängen Vaduz, Schaan, Bendern und die S-Bahn FL.A.CH
– den Radverkehr: speziell Radbrücken Vaduz/Süd-Triesen/Nord – Sevelen Chessiweg; Vaduz Höhe Schwimmbad/SZM – Burgerau; Bendern Schwibboga – Haag Einkaufszentrum; Balzers Höhe Mühlesträssle, Industrie Balzers Nord.

Postulatsbeantwortung

S16: 2.2 Zu den einzelnen Fragen, 2.

"Zwar entfällt der Engpass Bärenkreuzung in Feldkirch, aber sowohl der stark belastete Grenzübergang Schaanwald als auch die staugefährdete Strecke von Schaanwald nach Eschen und der Engpass Schaan verbleiben."

Für die Regierung des Kantons St. Gallen scheint offenkundig, dass Liechtenstein mit mehr Strassenverkehr rechnen muss: mehr Stau, mehr Lärm, mehr Schadstoffe.

S18/19: 3.1 Stadttunnel Feldkirch

Zu den in einer 0+ Variante angedachten Alternativen "Bahnsüdeinfahrt Feldkirch" und "Strassenbahn" hat der VCL am 4.11.2013 bei Landesstatthalter Karlheinz Rüdisser nachgefragt: http://www.vcl.li/bilder/928.pdf. Die Antwort steht leider noch aus.

S25: 4.1.1 Gespräch mit der Regierung des Landes Vorarlberg

Die Vorarlberger Landesregierung will im Sinn einer ganzheitlichen Lösung gleichzeitig den motorisierten Individualverkehr und den Schienenverkehr ausbauen.

Dies ist volkswirtschaftlich unklug. Zudem funktioniert auch im Land Vorarlberg eine 5er-und-Weggli-Verkehrspolitik nicht. Jeder Kapazitätsausbau für den Autoverkehr macht den Autoverkehr attraktiver und wirkt einem Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr und auf den Radverkehr entgegen.

Brie1305 Postfach 813, 9490 Vaduz, T 232 54 53, vcl@powersurf.li, www.vcl.li

S27/28: 4.1.4 Treffen mit der für Verkehr zuständigen Bundesrätin im Oktober 2013

Eine zusätzliche Verbindung der Autobahnen A13 und A14 direkt nördlich von Feldkirch scheint sehr unwahrscheinlich.

Ein weiterer Autobahnanschluss zwischen der Schweiz und Liechtenstein ist unrealistisch. Ebenso ein Ausbau der Autobahn.

Beilage zur Postulatsbeantwortung

S12: 3.3.2 Agglomerationsprogramm Werdenberg-Liechtenstein

Bei Realisierung des Stadttunnels Feldkirch mit dem Tisner Ast werden in Liechtenstein die Erhöhung des Durchfahrtswiderstands und Dosierung empfohlen, um die Verbindung der österreichischen A14 und schweizerischen A13 durch Liechtenstein unattraktiv zu machen.

Der VCL ist überzeugt, dass durch eine konzertierte Aktion der Liechtensteiner Kräfte der kritische Tisner Ast im Rahmen der UVP verhindert werden kann.

S24: 5.2.2 Agglomerationsprogramm Werdenberg-Liechtenstein; 3V-Kaskade, Verlagern

Die auf den CH-FL Querverbindungen verkehrenden öffentlichen Buslinien können nur wirtschaftlich und für Kunden attraktiv betrieben werden, wenn die Busse nicht im Stau stehen. Deshalb sind für die bestehenden Buslinien Sevelen-Vaduz und Buchs-Schaan gute Busbevorzugungs-Systeme zu realisieren.

In Bendern ist eine Buslinie von/nach Gams zu etablieren mit einem guten Busbevorzugungs-System beim Rheinübergang.

S44: 5.6.2.3 Punktuelle Netzergänzungen

“Die Netzergänzungen sind dabei so zu gestalten, dass sie ausschliesslich der Erschliessung der Schwerpunktgebiete dienen und die Kapazität des regionalen Strassennetzes nicht erhöhen.”

Die geplante neue Strassenverbindung Vaduz-Triesen widerspricht dieser Forderung diametral! Sie ist kein Industriezubringer, sondern eine Umfahrungsstrasse.

S51: 6.4 Studie “Verdichtung im Bahnhofsumfeld”

Eine Studie in Vorarlberg zeigt, dass etwa 80% der Fahrgäste autofrei an den Bahnhof oder die Bahnhaltestelle kommen:
39% kommen zu Fuss zum Bahnhof; 29% mit öffentlichen Verkehrsmitteln; 12% per Fahrrad.

Vielen Dank für die Berücksichtigung der Argumente des VCL.

Freundliche Grüsse

G. Sele

Dr. Georg Sele, Präsident VCL
21. November 2013

Verteiler:
Frauen und Herren Landtagsabgeordnete
Frau Regierungsrätin Marlies Amann-Marxer
Publikation auf VCL-Homepage

Brie1305 Postfach 813, 9490 Vaduz, T 232 54 53, vcl@powersurf.li, www.vcl.li

Schwerpunkt Auftakt zum Dezember-Landtag

Pauschalbesteuerung

Rund 5 Millionen Franken pro Jahr

VADUZ Wie aus der Beantwortung einer FL-Interpellation hervorgeht, sind die Einnahmen aus der Pauschalbesteuerung in den vergangenen Jahren gestiegen. Der Höchststand betrug 5,4 Millionen Franken im Jahr 2011. Internationale Verpflichtungen im Steuerbereich würden durch diese Praxis nicht beeinträchtigt, hält die Regierung fest. Die Interpellanten riefen die Regierung dazu auf, das Potenzial aus dieser Steuerart in Zukunft stärker zu nutzen – eine Anregung, die Regierungschef Hasler gerne aufnahm. (mh)

Neues Steuergesetz

Regierung: Ausfälle nicht bezifferbar

VADUZ In einer Interpellation wollte die FL-Fraktion in Erfahrung bringen, auf Steuereinnahmen in welcher Höhe das Land mit dem neuen Steuergesetz im Vergleich zur alten Regelung 2012 verzichtet hat. Die Regierung schreibt jedoch, «eine Berechnung der Steuereinnahmen gemäss altem Steuergesetz» sei nicht möglich. Vonseiten der Interpellanten kritisierte Thomas Lageder «einen Unwillen, sich mit solchen Fragen auseinanderzusetzen». Regierungschef Adrian Hasler bekräftigte erneut, dass die von der FL aufgebrachten Fragen schwierig zu beantworten seien. Er zeigte gleichzeitig ein gewisses Verständnis für Kritik am neuen Steuergesetz aus der letzten Legislaturperiode. (mh)

Günstiger wohnen

FBP-Interpellation nun bei Regierung

VADUZ In einer gestern an die Regierung überwiesenen Interpellation erkundigen sich fünf FBP-Abgeordnete danach, «inwiefern es die Regierung als zielführend erachtet, gemeinnützige Wohnbaugesellschaften im Sinne des Wohnbauförderungsgesetzes zu fördern». Begründet wird der Fragenkatalog mit den steigenden Mietpreisen, welche die Befürchtung weckten, dass «bezahlbarer Wohnraum künftig für eine breite Mittelschicht der Liechtensteiner nicht mehr zur Verfügung stehen» könnte, heisst es in der Interpellation. (mh)

Landtag gegen Mehrverkehr durch Stadttunnel

Mobilität Bei der Debatte gestern war klar: Mehrverkehr für Liechtenstein durch den Stadttunnel Feldkirch muss von vornherein verhindert oder bestmöglich erschwert werden.

VON MARTIN HASLER

Traktandiert war gestern Vormittag die Beantwortung eines FL-Postulats über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Verkehrsbereich, tatsächlich drehte sich die Debatte jedoch ausschliesslich um den geplanten Stadttunnel Feldkirch. Die sogenannte Tunnelspinne würde gemäss Schätzungen 10 bis 50 Prozent mehr Verkehr nach Liechtenstein bringen, da der kürzeste Weg zwischen den Autobahnen in Österreich und der Schweiz dann über Schaanwald führen würde. Thomas Lageder (FL) erwartet bei diesem Szenario, dass Liechtenstein zu einem «Nadelöhr für den internationalen Transitverkehr würde»; die nötigen Investitionen in die Strasseninfrastruktur würden sich aus seiner Sicht in dreistelliger Millionenhöhe bewegen. «Die Tunnelspinne ist eine Bedrohung für die Zukunft Liechtensteins, wir müssen diesem Projekt entschlossen entgegentreten.»

> **«Die Tunnelspinne ist eine Bedrohung für die Zukunft Liechtensteins.»**
>
> THOMAS LAGEDER
> FL-ABGEORDNETER

Lageder stellte sich – genauso wie sein Fraktionskollege Wolfgang Marxer und der FBP-Abgeordnete Gerold Büchel – auf den Standpunkt, dass es dieses Projekt auf Grundlage der Alpenkonvention zu verhindern gilt. Verkehrsministerin Marlies Amann-Marxer stellte klar: «Eine Verhinderung des Stadttunnels allein durch Liechtenstein ist nicht möglich.» Problematisch sei für das Land zudem nicht das gesamte Projekt, sondern lediglich der Ast Tisis. In dieser Hinsicht setze die Regierung auf die erwähnte Alpenkonvention, welche den Bau «hochrangiger verkehrswirksamer Strassen» bis zur Grenze verbiete. Amann-Marxer wies ausserdem darauf hin, dass nicht nur das Horrorszenario Stadttunnel zu berücksichtigen sei: «Wenn wir den hausgemachten Mehrverkehr durch die Zunahme von Einwohnern und Arbeitsplätzen bewältigen wollen, müssen wir neue Szenarien entwickeln.» Gefragt seien vor allem Alternativen zum Pkw; zum Ausbau der S-Bahn FL-A-CH gibt es aus ihrer Sicht kaum Alternativen.

Verkehr zumindest erschweren

Mehrere Abgeordnete zeigten sich gegenüber der von der FL geforderten Verhinderungsstrategie jedoch skeptisch – so Elfried Hasler (FBP) sowie Judith Oehri und Peter Büchel (beide VU). «Wir können den Tunnel nicht verhindern, aber die Durchfahrt unattraktiv machen», sagte Oehri. Elfried Hasler schätzt die Wahrscheinlichkeit für eine Beeinträchtigung des Projekts durch Liechtenstein ebenfalls gering ein und fordert – genauso wie FBP-Kollege Manfred Batliner – einen Plan B. Als «Verteidigungsmassnahmen» stellte Hasler die schon mehrmals angetönte Vignette und die Einschränkung der Öffnungszeiten beim Zollamt Schaanwald zur Debatte.

Derzeit läuft die Umweltverträglichkeitsprüfung für das 300-Millionen-Projekt, die gemäss Marlies Amann-Marxer voraussichtlich in einem Jahr abgeschlossen sein wird. Akzeptabel wäre das Projekt in seiner jetzigen Form für Liechtenstein für die meisten Votanten nur, wenn die Autobahnen nördlich von Feldkirch verbunden würden – ein Projekt, das gemäss Verkehrsministerin noch in weiter Ferne liegt: «Liechtenstein muss davon ausgehen, dass es vor 2030 keine Verbindung nördlich von Feldkirch geben wird.»

IT in der Landwirtschaft: FBP-Postulat scheitert

Verwaltung Die klare Mehrheit des Landtags hält die Einführung eines computerisierten Meldeverfahrens in der inländischen Land-

die ungünstigen Eingabefristen und Doppelspurigkeiten hinterfragt werden, anstatt über ein neues Meldeverfahren nachzudenken.

Die zuständige Regierungsrätin Marlies Amann-Marxer zeigte sich grundsätzlich offen für Ideen gemäss dem

Widerstand leisten oder Plan B anpeilen?

Feldkirch möchte einen Stadttunnel bauen. Auf Biegen und Brechen – und über die Köpfe seiner liechtensteinischen Nachbarn hinweg. Dies schreit nach einem Plan B. Mit oberstem Ziel: den Mehrverkehr auszubremsen.

Von Bettina Stahl-Frick

Sind sich einig: Liechtenstein muss sich gegen den geplanten Stadttunnel in Feldkirch wehren. Nur bei der Frage wie, scheiden sich die Geister der Abgeordneten. Bild Daniel Schwendener

Vaduz. – Das Projekt «Stadttunnel Feldkirch» erinnert stark an das Projekt «Letztetunnel». Diese Idee zur Entlastung der Stadt Feldkirch verwarf die Landesregierung Vorarlberg vor acht Jahren wieder, als die Studie der Regierung Liechtensteins deutlich zeigte: Der Letztetunnel verursacht erheblichen Mehrverkehr für Liechtenstein. Jahre war das Projekt nun auf Eis gelegt, doch nun flammen mit dem geplanten Stadttunnel Feldkirch die Diskussionen wieder auf. Es wirkt, als hätte man das Letzetunnel-Projekt lediglich um zwei Stadtausfahrten ergänzt, weswegen nicht von weniger Mehrverkehr ausgegangen werden kann. Doch diesmal scheint der Druck auf Liechtenstein grösser: Das Land hat keine Parteistimme und somit bislang überhaupt kein Mitspracherecht. Soll das Land den Mehrverkehr seiner österreichischen Nachbarn sang- und klanglos – oder besser mit viel Abgasen und Motorengeräusch – einfach so schlucken? Die Landtagsabgeordneten sind sich einig: Mit Sicherheit nicht. Doch was ist zu tun? Im Rahmen einer Postulatsbeantwortung der Regierung debattierten die Politikerinnen und Politiker gestern über diese Frage.

«Zu wenig energisch»

Postulant und FL-Abgeordneter Thomas Lageder kreidet der Regierung an, zu wenig energisch aufzutreten. Auch der FBP-Abgeordnete Johannes Kaiser ist der Meinung: «Wenn wir uns nur zu 60 Prozent so stark einsetzen würden wie sich Vorarlberg und Feldkirch im Kampf um die Nordspange bislang engagierten, ständen die Chancen, dass auch unsere Bedürfnisse gehört werden, um einiges besser.» Agieren heisst tatsächlich das Schlüsselwort, wenn es auch um die Meinung von anderen Abgeordneten geht. Dann war die Postulatsbeantwortung für die Regierung doch nur «Beschäftigungstherapie», wie sie der VU-Abgeordnete Peter Büchel nannte? «Wir wissen jetzt aufs Neue, dass wir alle über den Verkehr nachdenken und ihn nicht vergessen werden – doch was machen wir damit?» begründete Peter Büchel seinen Vorwurf. Wie sich die Regierung tatsächlich damit beschäftigt hat, stellte Regierungsrätin Marlies Amann-Marxer klar: «Die Postulatsbeantwortung hat die Regierung auch gleich zum Anlass genommen, um den Landtag über etliche grenzüberschreitende Programme zu informieren.» Damit werde deutlich, dass sich die Regierung um Massnahmen bemühe. Ziel dabei sei, den motorisierten Verkehr flüssig zu halten, den Langsam- wie auch den Individualverkehr zu stärken und sich für ein gut funktionierendes betriebliches Mobilitätsmanagement einzusetzen, so Marlies Amann-Marxer. «Gemeinsame Ausgangslage ist der Wille.» Genau in dieser Frage scheiden sich die Geister: Will Liechtenstein den Stadttunnel verhindern? Oder ist dieser Kampf aussichtslos oder überhaupt nicht gewinnbringend, sodass es sinnvoller ist, sich so schnell als möglich um einen Plan B zu bemühen?

Bedrohliche Tunnelspinne

Für Peter Büchel ist klar: «Die Vorarlberger und die Stadt Feldkirch werden ihre Verkehrsprobleme lösen.» Wenn auch auf Liechtensteins Kosten. «Ich denke, wir müssen uns daher mehr mit der Frage beschäftigen, was wir mit dem ungeliebten Stück Verkehr anfangen sollen.» Den Vorschlag, einen Blick auf die verbleibenden Möglichkeiten zu werfen, unterstützte die Mehrheit der Abgeordneten. Vor allem vor dem Hintergrund, dass die Bedenken Liechtensteins bei ihren Nachbarn bislang kaum gehört wurden. Ein letzter Lichtblick wäre, wenn die Alpenkonvention zur Anwendung käme und Liechtenstein eine Handhabe zur Bekämpfung des Tunnels gäbe. Wie Marlies Amann-Marxer sagte, sei diese Frage derzeit in Abklärung. Alpenkonvention hin oder her – der Kampf ist für die Regierungsrätin noch lange nicht verloren: «Die Umweltverträglichkeitsprüfung wird sicher noch ein Jahr lang dauern, eventuell wird es auch noch Einsprachen geben.» Auch Bürgerinitiativen sind denkbar. So glaubt Marlies Amann-Marxer, dass bis zur allfälligen Realisierung des Projektes bestimmt noch mehrere Jahre vergehen werden. «Wir müssen jetzt mit Nachdruck an Lösungen und Strategien arbeiten. Alle gemeinsam mit dem Ziel, den Mehrverkehr in Liechtenstein mit allen Mitteln zu verhindern.» Denn die Befürchtung der Postulanten Helen Konzett Bargetze, Thomas Lageder und Wolfgang Marxer teilen die Parlamentarier: Die Tunnelspinne wird zur Bedrohung für die Zukunft Liechtensteins.

Ein aktueller Hoffnungsschimmer – vonseiten der Nachbarn: Die Grünen Vorarlberg fordern die Landesregierung auf, Liechtenstein in die Umweltverträglichkeitsprüfung einzubeziehen. Es bleibt spannend, wohin der Verkehr künftig rollen wird.

Zitate der Landtagsabgeordneten

«Die geplante Tunnelspinne in Feldkirch wird zur Bedrohung für die Zukunft Liechtensteins. Wir müssen ihr unbedingt entschlossen und geschlossen entgegentreten.»
Thomas Lageder, FL

«Vielleicht sollten wir zuerst in unserem eigenen Garten die Wege jäten, damit der Verkehr wieder flüssig wird.»
Peter Büchel, VU

«Ich komme mir verschaukelt vor – Liechtenstein ist auf die Herausforderungen nicht gut vorbereitet.» Eugen Nägele, FBP

«Wir müssen uns mit Händen und Füssen gegen den Mehrverkehr wehren und die Durchfahrt so unattraktiv wie möglich machen.» Judith Öhri, VU

«Ziel muss sein, dass die Menschen nicht wegen dem Stau auf den öffentlichen Verkehr umsteigen, sondern weil es eine interessante Variante ist.»
VU-Regierungsrätin Marlies Amann-Marxer

«Die Postulatsbeantwortung ist nun da – nur leider verbessert sie keinen Meter Strasse oder Radweg.» Peter Büchel, VU

«Die Österreicher haben uns ausgebremst, indem wir keine Parteistimme und damit überhaupt kein Mitbestimmungsrecht haben.» Thomas Lageder, FL

«Der Schweizer Bundesrat hat am Ausbau der Autobahn kein Interesse, die Österreicher wollen ihren Stadttunnel durchboxen. Ich fühle mich irgendwie gerade richtig allein gelassen.»
Wolfgang Marxer, FL